

bringen. In  
einen Grund-  
verbe. Abg.  
der Entwurf  
Grenz- und  
Fragen. In-  
seine Wä-  
den, welches  
angelegte  
rechtstitel die  
die Abber-  
von Kindern  
Es fehle an  
sich Seite  
sich. Es werde  
wollen, aber  
groß. Welche  
in vorer-  
erzielte Maß  
Seine Partei  
gi bemerkt,  
gen, daß  
den Gesetze  
weder gekannt  
hätten Antrag  
gesehen der  
ten soll. Die  
die Petition  
8 Stimmen  
entlangt die  
in Wien als  
mitfösten sind  
einer neuen  
von Meig  
en Fall, daß  
aus treuer  
zusammen.  
Die Plan-  
in verhe-  
sichlichen Wes  
zur Lieber-  
Brüde von  
referent Abg.  
des Finanz-  
burg-Strick  
der Hof-  
wird, daß in  
eren drei in  
daß mancher  
Abg. durch  
den großen  
biete, theil-  
weisen und  
stärken und  
als Vertreter  
müssen in der  
g des Reichs-  
dreißig zu er-  
weisen brauche.  
Er angezigt,  
eifriger und  
man solle  
und Ver-  
Abg. Ullrich  
e bedeuteten  
Kapital. Da  
Waffenfabrik  
das eine an-  
kommen nicht  
werden, sondern  
den Nutzen  
in Rothfäden  
zu den Zer-  
Parität. Er  
und nicht an  
eine höhere  
sicht werden.  
ein sich zu  
das Entladen  
eben müssen,  
den der Ver-  
den, daß der  
1 August ge-  
zeichnet dem  
setzung dahin,  
Interessenten  
uchen. Hier  
n, sei kaum  
Rückicht auf  
de sich daher  
herbeizuziehen  
zu der Ver-  
Berücksich-  
würde, die  
ehr bald des  
herausgehend  
nicht trans-  
en hänge eng  
bindung dieser  
Handel und  
Schätze zu  
ittel zu Lande  
Blutwort des  
an nimmt,  
kommen. —  
einen Erb-  
regierung zur  
werde- und  
Personen des  
des Sachsin-  
tittlichkeit der  
zu über-  
regierung bei  
schreiben und  
arbeiten be-  
rats bezieht,  
n (10.) weit  
beiterchupus  
de doch Graf  
ausgesprochen,  
Sach an-  
sieden Stell-  
des Königl.  
Berktion von  
Arbeiter des  
anhalten, daß  
gefehrlich  
a der Frage  
ill aber eben  
wolle gerade  
im Bundes-  
nehmen und  
der bestehen-  
weide in  
lungen möge  
Bundesrecht  
sicht in Ver-  
einem ersten  
n angenom-

ist ebenfalls schon seit längerer Zeit von Krankheit heimgesucht —  
erkranklicher Weise ist aber bestimmte Hoffnung vorhanden, den  
hochverehrten Herrn in der nächsten Woche wieder seines Amtes  
malten zu sehen — so daß in der letzten Zeit Herr Vicepräsident  
L. v. Bismarck Dr. Georg Veitig den Vorsitz führte. Dieser  
ist heute verpflichtet, als Deputationsmitglied der Manns-  
lichen Kuppelrichter bauenden Gesellschaft zu Gießen der Be-  
erdigung des verstorbenen Herrn v. Bergath Nachbegräbnis-  
besuch zu beehren. Einen Stellvertreter für den Vice-  
präsidenten giebt es in der ersten Kammer nicht. Eine Sitzung  
der ersten Kammer findet heute nicht statt.  
— In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten, in  
welcher der 2. Vicepräsident, Herr Rechtsanwalt Dr. Stöckel,  
den Vorsitz führte, bildete den ersten Punkt der Tagesordnung die  
Wahl des ersten Vicepräsidenten. Mittels Stimmentafel entfielen  
auf Herrn Rechtsanwalt Dr. Stöckel von 51 abgegebenen Stim-  
men 48. Der somit Gewählte dankte für das ihm gemessene Ver-  
trauen und nahm die Wahl an. — Ein Trivialgesetzantrag des  
Herrn Rechtsanwalt Dr. Stöckel, die Wahl des 2. Vicepräsidenten,  
die nicht auf der Tagesordnung stand, vorzunehmen, fand An-  
nahme und ward beschloffen, diese Wahl am Schlusse der öffent-  
lichen Sitzung zu vollziehen, wobei, nachdem zahlreiche Redner  
Wahlvorschlüsse gemacht hatten, Herr Baumeister Hartwig mit  
37 von 63 abgegebenen Stimmen als gewählt hervorging. Herr  
Justizrat Rechtsanwalt Rudolph erhielt 25 Stimmen. Herr  
Hartwig dankte für die Wahl, die ihm übertragen habe. Er  
werde sich Mühe geben, die Verhandlungen so zu leiten, wie er  
es 15 Jahre lang leiten konnte.  
— Die Arbeiten für den in vorgestrichener Sitzung der ersten  
Kammer genehmigten Bau der elektrischen Straßenbahn  
Dresden-Königsbrunn werden sofort mit der Beschaffung  
genauer geometrischer Unterlagen beginnen. Die Neuaufnahme  
der städtischen Straße, sowie die Aufzeichnung der Pläne ist dem  
Bemessungs-Bureau der Herren v. S. Geometer Grunert  
und Hartmann in Dresden übertragen worden, welche die Anwen-  
nung haben, die Arbeiten möglichst zu beschleunigen, da die Linie  
Dresden-Königsbrunn, übrigens die erste städtische Straßenbahn,  
schon Anfang des nächsten Jahres dem Verkehr übergeben wer-  
den soll.  
— Das Klingenberg'sche Sommerheim des Gemeinnützigen  
Vereins, das sich durch schöne landschaftliche Umgebung und durch  
hohe Gebirgslage (450 Meter über dem Spiegel der Elbe) in  
unmittelbarer Nachbarschaft ausgedehnter Waldungen aus-  
zeichnet, soll am 7. Mai d. J. eröffnet werden. Erbauungsgemäß  
und nach ärztlichem Gutachten ist dasselbe ein vorzügliches Erholungs-  
ort für solche Kinder, welche nach längerer Krankheit zur voll-  
ständigen Genesung eines Landaufenthalts bedürfen und so am  
Schulbesuche abgehalten sind oder wenigstens dem Unter-  
richt nicht regelmäßig und erholend teilnehmen können. In  
diesem Sommerheim finden auch schwächliche und kranke  
überhaupt der Erholung bedürftige Kinder im Alter von 8 bis  
14 Jahren und ebensolche junge Mädchen von 15 Jahren gegen  
Bezahlung Aufnahme. Dieselben erhalten zuverlässige ärztliche  
Beaufsichtigung, auch Unterhaltung und Beschäftigung, sowie  
volle Verpflegung. Die Vergütung beträgt wöchentlich 10 Mark  
für die Pflanzlinge bis zu 14 Jahren, 12 Mark für ältere.  
Anmeldungen werden in der Geschäftsstelle des Gemeinnützigen  
Vereins, Nützenhof 5, 1. Etg., entgegengenommen. Dasselbst ist  
auch der Vorsitzende des Ausschusses für Ferienkolonien Wittwads  
und Sonnabends von 5 bis 6 Uhr in dieser Angelegenheit zu  
sprechen.  
— Im Vorstand des Dresdner Kennvereins ist man  
mit dem Ausfall der Neumünster für die Frühjahrsstange am 15.,  
17. und 19. Mai (Himmelfahrt) sehr zufrieden und man berichtet sich  
daher einen interessanten Verlauf. Auf dem Kennplatz ist man  
zur Zeit damit beschäftigt, für den kommenden Sonntag für die  
Wettläufer Trosselatormaschinen anzuführen, welche  
genau das bisherige System unbedingt Vorseige haben. Diese  
von dem Unionklub, dem internationalen Klub in Baden und allen  
größeren Kennklubs eingeführten Maschinen des Maschinenfabrik  
W. G. in Berlin bestehen aus einer Reihe von Zahnrädern, an  
denen in jedem Nennrennen die Nummern der startenden Pferde auf-  
gezeichnet werden und ferner aus einem größeren Zählwerk, welches  
mit allen vorhergenannten mechanisch in Verbindung steht und die  
Totalsumme aller Einsätze anzeigt. Es ist somit eine vollständige  
öffentliche Kontrolle des Totalisator geschaffenen. Jeder Einsatz auf  
ein startendes Pferd wird an der betreffenden Nummer des Zähl-  
werks markiert und von dort selbstständig auf das Totalevent übertra-  
gen. Es ist daher an allen diesen Zählwerken am Totalisator  
fortwährend ersichtlich: 1. die Summe der Einsätze auf jedes Pferd,  
2. die Totalsumme aller Einsätze oben an der Maschine. In  
jedem Totalisator wird ein bestimmter Einsatz angenommen, z. B.  
10 Mk. Jeder Einsatz von 10 Mk. auf ein beliebiges Pferd gilt  
nun als ein Punkt am Totalisator, wird selbstständig markiert und zu-  
gleich darüber als Quittung ein Billet (Ticket) verabfolgt  
(bei einem Einsatz z. B. von 10 Mk. müssen vier Billets zu  
10 Mk. verabfolgt werden), welches enthält: a) die Nummer des  
Pferdes laut Programm, b) die Nummer des Nennens laut Pro-  
gramm, c) ein Tageszeichen, d) eine Kontrollnummer. Die Summe  
am Zählwerk des Stempel-Apparats muß stets mit der Total-  
summe am Totalisator übereinstimmen, was öffentlich leicht kon-  
trolliert werden kann.  
Tagesordnung der Zweiten Kammer. Freitag, den  
8. Mai, Vormittags 10 Uhr. 1. Schlußberatung über nachträglich ein-  
gegangene Petitionen um Erbauung von Eisenbahnen und Eröffnung von  
Säbelsägen u. 2. Schlußberatung über den Antrag der Abgeordneten  
Leibold und Gensler, Abänderung des § 11 des Anwalts-  
gesetzes bei Bestellung der Schuljuristen betr. 3. Schlußberatung über  
die mit dem Königl. Dekrete Nr. 23 verordnete Verlesung; 1. die  
Einführung einer allgemeinerwerblichen Schlichter- und Streit-  
schlichter- und 2. die staatliche Schlichter- und Streit-  
schlichter-Sitzung.

### Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Zu dem konservativen Wahlaufsatz be-  
merken die „Hamd. Nachr.“: Man wird den meisten Vätern  
dieses Programms zustimmen können. Die harte Betonung der  
christlichen Lebensauffassung als Basis aller Bestimmungen ent-  
spricht dem Geiste des Konservatismus. Erfreulich ist das energische  
Bekennen zur Politik des Schutzes der nationalen Arbeit und  
der bisher stiefmütterlich behandelten Erwerbsweise, sowie das  
entschiedene Bestehen, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie  
mit aller Schärfe geführt werde. Der konservativere Ruf ist in  
diesen Punkten kürzer und bündiger als der nationalliberale, wobei  
freilich zu bedenken ist, daß letzterer es sehr viel mehr Venten recht  
zu machen hatte als der erstere. Im Uebrigen kommt es nicht  
darauf an, daß eine Politik konservativ oder liberal, sondern daß  
sie gut und nützlich ist. Die Aufgabener weisen. Es giebt Zeiten,  
wo liberal, und solche, wo konservativ zu regieren ist, um den  
Schutz vor Schaden zu bewahren. Von der heutigen Zeit glauben wir,  
daß sie nicht geeignet ist, einer Partei Ansehen auf Erfolg  
bei den Wahlen zu eröffnen, die nicht völlig klar und bestimmte  
Siele verfolgt und von der man nicht recht weiß, was sie eigent-  
lich will.  
Die Einladungen zum feierlichen Schlusse des Reichstags für  
Weihen Ende des Königl. Schloßes in Berlin sind nunmehr für  
heute (Freitag) früh 10 Uhr ergangen.  
Die Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses  
hatte sich zu einer Frage von allgemeinem Interesse zu beschäf-  
tigen. Ein Herr Ludwig Jünker in Gießeln befragte, eine  
Anzahlsteuer auf sämtliche großkapitalistische Unternehmungen im  
Detailhandel und Gewerbe zu beschließen, und zwar beginnend bei  
einem Umsatz von 200,000 Mark im Jahre mit 1 Prozent und  
steigend bis zu 4 Prozent bei einem Umsatz von einer Million  
und mehr im Jahre, und diese Steuer den Kommunen zu über-  
weisen, da diese durch die von den Großunternehmungen herbei-  
geführte Steuererhöhung ebenfalls geschädigt würden. Der  
Bericht stellte die Stadt Gießeln als lebendes Beispiel dar, wohin  
es führe, wenn nicht Mittel und Wege gefunden würden, dem  
großkapitalistischen Einzelbetriebe energische Einhalt zu thun. Als  
Gießeln nur 40,000 Einwohner hatte, erstirten dieselben 40 Kolonial-  
warengeschäfte, welche ihr gutes Auskommen gefunden hätten.  
Die Stadt Gießeln wehe sehr beinahe die doppelte Einwohnerzahl  
auf, und nur 6 Kolonialwarengeschäfte beständen noch. Der  
ganze Kolonialwarenhandel derselben rühre in den Händen einer  
Allgemein-Gesellschaft mit 17 Verkaufsstellen und 7 Millionen Umsatz,  
sowie einer Genossenschaft mit 14 Verkaufsstellen und 3 1/2 Mill.  
Mark Umsatz. Mindestens hundert selbstständige Geschäfte würden  
ihre Brot finden, wenn diese Bewegungen in Gießeln nicht be-  
stünden. Der Regierungsvorsteher, Geh. Finanzrat Dr. Strauß,  
theilte der Kommission mit, daß der Finanzminister die Absicht  
habe, eine Konferenz von Sachverständigen auf dem Gebiete von  
Handel und Gewerbe und solche auf dem Gebiete der Kommunal-  
besteuerung zusammenzusetzen zur Beratung darüber, wie dieser

den Gewerbestand so bedrohenden großkapitalistischen Konkurrenz  
zu begegnen sei. Das Ergebnis dieser Konferenz würde dem Ab-  
geordnetenhause bekannt gegeben werden. Die Petitionskommission  
beschloß, die Petition der königlichen Staatsregierung als Material  
zu übernehmen und dieselbe gleichzeitig zu erörtern, dem Landtag  
bei Beginn der nächsten Session einen Gesetzentwurf in dem von  
der 18. Kommission am 15. Mai 1896 beschlossenen Sinne vor-  
zulegen. Diese Kommission berief den Antrag v. Brochhausen,  
betreffend die Besteuerung der Waarenhändler und Verandlungsgeschäfte.  
Die Kammer der bayerischen Abgeordneten nahm gestern das  
Vereinsgesetz in der vom Ausschuss beschlossenen und von der Re-  
gierung gebilligten Fassung an. Alle weitergehenden Anträge der  
Sozialdemokraten wurden abgelehnt, weil von der Regierung auf  
das Bestimmteste erklärt wurde, daß die Annahme weitergehender  
Anträge das Ansehen des ganzen Gesetzes gefährden würde.  
Im neuen Vereinsgesetz wird das Verbot der Verbindung zwischen  
politischen Vereinen aufgehoben und großjährigen Frauen das  
Recht gewährt, sich an solchen politischen Vereinen zu beteiligen,  
die nur den Berufs- und Standesgenossen bestimmter Berufsstände  
oder nur Sweden der Erziehung, des Unterrichts, der Armen- und  
Krankenpflege dienen.  
Auch Bismarck erklärte sich zur Entgegennahme des auf-  
gehobenen Geburtsrechts-Gesetzes bereit, den ihm der Ham-  
burger Reichstagswahlverein nach Mitte dieses Monats bringen will.  
Der Hauptredner des „Joumalismus“ und Pariser Korrespondent  
der „Positiven Zeitung“, Herr Dr. Max Nordau, hat sich kürzlich  
auf seinen Berliner Gängen geäußert. In den Vorträgen hielt er  
vor etwa 200 Zuhörern einen längeren Vortrag über die  
„Gegner des Zionismus“. Das sind laut ihm nicht die Christen  
aller Nationen, sondern die Juden selbst. Dr. Nordau, wird den  
„Gamb. Nachr.“ aus Berlin geschrieben, sprach gut, gewandt, voll  
Feuer und Ueberzeugung. Dem Antisemitismus werden namentlich  
die folgenden Aeußerungen willkommen sein: „Die Juden  
gehen nie im Arierthum auf. Sie weichen nur Juden-Christen  
sein“. „Der antiseitische Jude muß gewöhnlich auf jeden ver-  
ständlichen Grund verzichten; man muß ihm seine jüdische Abkunft  
immer zum Vorwand machen“. „Unter den Mediatoren, Juristen,  
Schiffahrtsleuten und im Auslande giebt es eine Masse Juden und  
Juden-Christen“, wie Nordau so schön sagt, die sich Rang, Name,  
Stellung und Vorrechte erworben und niemals daran gedacht  
haben, auf persönlichen Ehrgeiz zu verzichten“. „Das die reichen  
Juden den Teufel zum werden, ihre finanziellen Verbindungen zu  
lösen, um sich in Palästina anzusiedeln, scheint Dr. Nordau zu be-  
zweifeln, denn Zion soll nur ein Heim der Bedrängten sein“. Und  
er fügt an: „Der Zionismus ist eine reine Erbsünde. Wenn die  
reichen Juden genügend Mittel besäßen, kann das jüdische Ge-  
meinwesen jeden Tag entstehen“. „Das ist aber ein Hauptfehler.  
Die Juden haben für ihre ärmeren Stammes- und Glaubens-  
genossen gewöhnlich offene Hände. Ich weiß aber, kürzlich der  
Berliner Korrespondent des Hamburger Matras, daß sich viele  
Juden werden, die für Nordau's Utopie Opfer zu bringen gewillt  
sind. Baron Rich in Paris war ein weiser Mann, und gerade  
auf diesen Herrn braucht das Judentum nicht stolz zu sein. Aber  
es giebt auch noch andere Haten, an die Dr. Nordau nicht denkt.  
Der Jude von heute ist dem Orient entfremdet; er wird sich im  
heiligen Sitima ebenso schwer assimilieren wie der German. Er  
ist auch seiner ganzen Natur, seinen Neigungen und nationalen  
Eigenschaften nach kein Arier, sondern, und schließlich — gefühllos-  
lich fühlt er sich durchaus nicht immer am wohlsten unter Zeines-  
gleichen, sondern sucht mit Vorliebe anderen Völkern auf. Ver-  
gessen wir auf seiner Scholle bleiben kann, der thut es ganz gewiß;  
nach Zion werden nur die Armthätigen kommen, die aus Ausland  
gehören, die Vertriebenen. Es wäre vom Standpunkt der  
Humanität aus nur ganz gewiß hohen Lobes werth, wollte man  
diesen Armen ein neues Heim schaffen. Aber dazu gehören nicht  
nur Millionenkapitalien, sondern gehört auch viel guter Wille. Und  
ich glaube trotz der Versicherung des Dr. Nordau auch noch nicht  
zu recht daran, daß dies das Zion sein würde, von dem die Jüdherr  
der Bewegung träumen.“  
Guthorn hat sich in Wittenberg der Felddeleutant  
v. Kattenborn-Zachow vom 29. Infanterie-Regiment.  
**Oesterreich.** Ueber den Gang der Verhandlungen im ein-  
zulegenden Sprachenschied verläutet, daß die Väter zunächst be-  
zogenen wird, die Regierung sei zur sofortigen Aufhebung der  
Sprachverordnungen anzuhören, welchen Anträge die Ver-  
treter der katholischen Partei beizugeben. Angeblich unterhandeln die Polen mit den  
Gedern, damit auch diese in die Aufhebung der Sprachver-  
ordnungen einwilligen, worauf die Regierung die Aufhebung sofort  
ausprechen würde.  
Eine jüdische Firma in Budapest, die Händhelfabrik von  
Marx Klein u. Co., hatte mit der sozialdemokratischen Partei-  
leitung einen eigentümlichen Vertrag abgeschlossen. Die Partei-  
leitung verpflichtete sich, die Händhelfabrik gegen den Gewinn  
anzunehmen und erhielt für ihre Empfehlung einen Gewinn-  
antheil. Außerdem verließ die Firma ihre Händhelfabrikanten mit  
den Wirtshäusern von Waffale und Marx und mit der Aufschrift:  
„Kolonien aller Länder vereinigt Euch“. Sie heißt überdies  
die Zeichen als Schutzmarke eintragen lassen. Rummelt ist der  
Inhaber dieser Firma von der Polizei vorgeladen und wegen  
sozialistischer Agitation zu 100 Gulden Geldstrafe verurtheilt worden.  
Inzwischen wurde ihm für jede Schandhändhelfabrik in beflagter  
Anstalt, die etwa noch in Zukunft verkauft werden würde,  
eine Geldstrafe von 100 Gulden angedroht. Die Machtbefugnisse  
der Polizei in dem „liberalen“ Ungarn sind, wie man sieht, recht  
weitgehende.  
**Frankreich.** Die Pariser Presse wählt einmüthig Spanien,  
auf die Herrschaft über Cuba zu verzichten und dadurch dem völlig  
ausichtslosen Krieg ein Ende zu machen und gleichzeitig der  
drohenden Anarchie vorzubeugen. Das Verlangen Englands, die  
Chinesen auf den Philippinen in seinen Schutz zu nehmen, erregt  
große Mißtrauen und legt einigen Vätern die Vermuthung nahe,  
daß ein geheimes Bündnis zwischen England und Nordamerika bestehe.  
Zur Suspension der Getreidezölle wird berichtet: Die Re-  
gierung konnte diesen Entschluß so zu leichteren Zergens fassen,  
als der im Budget wegen der vorjährigen schlechten Ernte ein-  
gestellte Mehlertrag an Getreidezollentnahmen im ersten Viertel  
des laufenden Jahres schon fast erreicht worden ist, und auf der  
anderen Seite der Landwirthschaft Schaden durch die Aufhebung  
der Zölle kaum empfinden kann, da die heimischen Produkte fast  
gänzlich ausgebraucht sind. Auf der anderen Seite ist die Dauer  
des spanisch-amerikanischen Krieges, der zur Preissteigerung so  
außerordentlich beigetragen hat, nicht abzusehen. Den Einfluss  
dieses Konflikts auf die französische Getreidezollfrage veranschaulicht  
folgende Daten. Am April sind zum Verbrauch im Ganzen  
1,355,565 Centner Getreide eingeführt worden; davon sollen auf  
die beiden ersten Octabren 1,081,470, macht für jede im Durch-  
schnitt ungefähr 500,000. Unter dieser Summe bleibt die letzte  
Octabe am fast die Hälfte zurück. Die Wirkung des spanisch-  
amerikanischen Krieges ist also ganz enorm. Als Termin, bis zu  
welchem die Suspension des Zolles dauern soll, hat die Re-  
gierung Ende Juni gewählt. Bis dahin können neue Zufuhren aus  
Afrika und Indien erwartet werden, bis dahin sind auch die  
Wahlen, einschließlich der Reichswahlen, beendet.  
Ueber einen Schwimmbelvertrag zur Tropus-Affäre wird be-  
richtet: Seit einigen Tagen schon verbreitet der „Jour“ das Ge-  
richt, der Generalstab besäße eine Photographie, die eine Person  
des „Dreifach-Entschlusses“ zusammen mit dem Obersten Schwarz-  
kopfen darstelle. Jetzt hat er seine Angaben dahin präzisirt, daß er  
beobachtet, die Photographie ließe den Obersten Picquart dar-  
stellen, wie er Arm in Arm mit dem Obersten Schwarzkopfen in Karls-  
ruhe spazieren gehe. Jetzt veröffentlicht nun der frühere Justiz-  
minister Taurin einen Brief an den Ministerpräsidenten Wolke,  
in dem er eine Interpellation gleich nach dem Zusammentritt der  
Kammer über diese Photographie anfrägt. Die Interpellation folgt  
folgenden Worten: „Beinhaltet sich überhaupt in den  
Händen des Generalstabes oder irgend eines niederen Offiziers  
eine Photographie, die den Obersten Picquart mit dem Obersten  
Schwarzkopfen Arm in Arm in Karlsruhe spazierend darstellt;  
und wenn sie besteht, von wem ist sie angefertigt und wer hat dem  
„Jour“ von ihr Mittheilung gemacht? Taurin weist auf die  
Nothwendigkeit hin, diese Angelegenheit aufzuklären und erklärt,  
daß diese Photographie eine Fälschung sei. Dem Picquart be-  
hauptet, daß er im April, wo die Photographie in Karlsruhe ange-  
fertigt aufgenommen ist, Paris nicht verlassen habe.  
Auf dem Boulevard Davout in Paris ist der angeblich aus  
Panama stammende Ludwig Bergmüller unter dem Verdacht der  
Espionage verhaftet worden.  
**Italien.** Die Regierung neuerdings eingegangenen Nach-  
richten betonen, daß überall im Lande Ruhe herrsche. In Parma  
wurde der gewöhnliche Markt abgehalten, welcher ohne Zwischen-  
fall verlief. Nur in Ascoli Piceno kam es früh zu Unruhen  
von Bauern aus der Umgegend, welche von den Getreidehändlern

eine Herabsetzung der Preise verlangten, doch wurden die Ansum-  
lungen zerstreut. Einige Personen wurden bei dem Zusammenstoß  
mit der öffentlichen Gewalt leicht verletzt.  
Der Gemeinderath von San Remo, dessen Mehrheit der  
sozialistischen Partei angehört, wurde aufgelöst und die Stadt-  
verwaltung einem königlichen Regierungskommissar unterstellt,  
weil der sozialistische Bürgermeister öffentlich zur Feier des 1. Mai  
aufgefordert und die Einladung zur Teilnahme am Eröffnungs-  
feste der National-Ausstellung in Turin abgelehnt hatte.  
**Spanien.** Der englische Botschafter trat in Madrid ein und  
wird mit dem Minister des Aeußeren eine Besprechung haben. —  
Die Bank von Spanien beschloß, die Aufforderung auf die Re-  
gierung zu richten, die Circulation des Papiergeldes auf 2500 Mill.  
zu beschränken.  
In der Deputirtenkammer griff Canalejas die Konservativen an,  
die den Vereinigten Staaten Zeit gelassen hätten, alle Vor-  
bereitungen zum Kriege zu treffen. Der konservativen Regierung  
warf der Redner schlechte Verwaltung der Finanzen vor. Romero  
Vilobdo verteidigte die Konservativen und sprach sich tabelnd über  
die liberale Regierung aus. Redner rief aber, um das Vaterland  
zu retten, zur Einigung aller Parteien und sprach den Wunsch aus,  
daß Sagasta im Amte verbleibe. Die Antikonservativen erklärten,  
sie würden während der Dauer der gegenwärtigen Lage die Re-  
gierung unterstützen. — Die Kammer beschloß, die Debatte über  
die politische Lage zu vertagen. Die Kommission für die Indem-  
nitätsbill, betreffend das Dekret vom 3. März, das den Einigungs-  
zoll auf Getreide herabsetzt, überreichte ihren Bericht.  
In der Reichsacht von Cavite hatten auf amerikanischer Seite  
4 gedeckte Kreuzer, 2 Kanonenboote und 2 Transportdampfer theil-  
genommen. Diese Flotte hatte zusammen 18,136 Tonnen und  
18 schwere und 69 leichte Geschütze. Die Geschütze hatten ein  
Kaliber von 12, 15 und 9 Centimeter. Die spanische Escadre  
bestand aus 5 Kreuzern (1 aus Holz) und 6 Kanonenbooten mit  
zusammen 12,500 Tonnen und 40 schweren und 63 leichten Ge-  
schützen. Die Geschütze hatten ein Kaliber von 12, 15 und  
16 Centimeter. Die amerikanische Flotte war daher der spani-  
schen überlegen, diese wurde aber durch das Geschützfeuer der Avts  
von Cavite und Manila unterdrückt.  
Der Pariser „Clair“ veröffentlicht über Panama gefandte  
Meldungen aus Madrid, nach welchen die Lage dort viel kritischer  
sei, als man glaube. Am Sonntag seien unter den Montefortos  
viele Offiziere in Civil gewesen, die das Volk zu Ungehörigkeiten  
gegen das Ministerium und für General Weller aufreizten. — In  
der Provinz Oviedo ist wegen der durch die Lebensmittelfrage  
herborgehenden Unruhen der Belagerungszustand erklärt worden.  
Ueber die Stadt und die Provinz Valencia ist der Kriegszustand  
erklärt. Die republikanische Bande von Carlet wurde nach  
Zusammenstoß mit der Gendarmarie aufgelöst. In Aguada und  
wegen der Lebensmitteltheuerung Unruhen entstanden. Nach einer  
neueren Meldung ist in den Provinzen Toledo und Valencia die  
Ruhe wieder hergestellt.  
Nach einer amtlichen Depesche aus Havana gab am Montag  
ein amerikanisches Panzergeschiff vier Kanonenschiffe auf das Vataillon  
Canarias ab und damitte darauf wieder zurück. Durch die  
Schiffe ist Niemand verletzt worden.  
In Lissabon ist die Nachricht eingegangen, daß das spanische  
Geschwader, veranlaßt dasjenige, welches vor Sao Vicente ge-  
legen hatte, umgekehrt sei, um zu der vor Cadix liegenden Flotte  
zu stoßen und dann vereint mit dieser nach den amerikanischen Ge-  
wässern abzugehen. (Wiederholt.)  
Eine Verhaftung der Kapitulation von Manila liegt bis jetzt  
nicht vor. Aus Erkundigungen bei bedeutenden Londoner Häusern,  
die mit den Philippinen Handel treiben, hat sich ergeben, daß das  
letzte Telegramm, welches bei ihnen aus Manila eingegangen ist,  
am 2. Mai Abends 8 Uhr 10 Min. aufgegeben ist, und besagt,  
daß in Manila Alles ruhig sei. Nach Mittheilung der Händ-  
elsnachricht ist das Telegrammverbot seitdem abgebrochen und es  
ist daher jetzt unmöglich telegraphische Nachrichten aus Manila zu  
erhalten. Man habe übrigens keine Veranlassung für die Sicherheit  
der Europäer in Manila und halte es für unmöglich, daß der  
amerikanische Admiral eine gewaltsame Landung unternähme, es  
müßte sich denn die Garnison ergeben. Am Manila seien überdies  
fast 10,000 Mann spanischer Truppen vorhanden, welche die Stadt  
auch gegen etwaige Angriffe der Aufständischen von der Landseite  
bedecken. — Die „Reinische Zeitung“ meldet aus Madrid, das letzte  
Telegramm aus Manila vor der Unterbrechung der telegraphischen  
Verbindung habe der Madrider Wächter einer in Manila  
erlebenswerten Zeitung empfangen. Nach diesem Telegramm sei  
eine Bombe in die Druckerei eingeschlagen und habe das Gebäude  
und die Maschinen zerstört. Niemand wurde die Beschädigung  
Manilas benommen haben. (Wiederholt.)  
Während der wegen des Streikens der Getreidezölle in  
Talavera ausgebrochenen Unruhen plünderen die Fuhrleute  
einige Häuser und ein Kloster, welches sie in Brand stecken; sie  
verwüsten ferner die Gehäusen zu betreten. Es wurden zahl-  
reiche Verhaftungen vorgenommen. — Nach Meldungen aus  
Gijón wurden dort die Kaufhäuser von Belasco geplündert. Die  
Truppen schritten ein und gaben Feuer; mehrere Personen wurden  
verwundet. Der Belagerungszustand ist verhängt worden. — Die  
bewaffnete Bande, welche sich in der Provinz Valencia gebildet  
hatte, ist gefangen genommen worden. — In Caracas kam es  
ebenfalls zu Ausschreitungen, doch wurde die Ruhe wieder her-  
gestellt. (Wiederholt.)  
**England.** Auf der gegen Versammlung der Primrose-  
League in Albert Hall in London hielt Lord Salisbury eine An-  
sprache, in welcher er ausführt, die chinesische Frage sei eine Art  
großer Vertheilung mit vielen Complicationen. Salisbury hob die  
großen Vortheile hervor, die Wei-hai-wei bietet. England hätte  
keine Veranlassung gehabt, Port Arthur zu nehmen; er glaube,  
Rußland habe einen Fehler begangen, diesen Hafen in Besitz zu  
nehmen. Wenn das chinesische Reich zusammenfiel, würde eine  
große Verwirrung entstehen, welche die ganze Energie der inter-  
nationalen Mächte anspannen würde. Salisbury behauptet ferner,  
die allgemeine Weltlage und meinte, ein großer Umschwung vollziehe  
sich; die schwachen Staaten würden noch schwächer, die starken  
noch stärker. Die Engländer dürften nicht darauf bauen, daß, weil  
die inneren Angelegenheiten in Ruhe seien, jede Gefahr ver-  
schwinden sei. Es seien Anzeichen vorhanden, daß der Fortgang  
der Ereignisse die Gründe für einen Konflikt der Nationen ver-  
mehrten könnte. Die Engländer würden alle ihre Thakraft und  
Fähigkeit zusammenstellen müssen, damit sie nicht im Falle einer  
Umwälzung in eine unvortheilhafte Lage gerathen.  
**Türkei.** Der Aufstand unter der Bevölkerung in Yemen  
konnte von den dorthin entsandten türkischen Truppen in Städte  
von zwei Bataillonen nicht unterdrückt werden; es geriethen sogar  
1 1/2 Kompanien in Gefangenschaft. Von Hochas wurden vier  
weitere Bataillone nach Yemen beordert; auch hat sich der neue  
Balki Hussein Hilmi Girebi in das Aufstandsbereich begeben.  
**Amerika.** Nach dem „New-York Herald“ soll der ameri-  
kanische Kriegsplan darauf hinauslaufen, Portorico zu nehmen. Die  
Regierung beabsichtigt, es für immer als Kohlen- und Zinnen-  
stätten zu behalten.  
Aus Neu-York liegen folgende Meldungen vor: Die Mehrzahl  
der Schiffe des Atlantischen Ozeanverkehrs traf Montag früh aus  
den Gewässern von Havana ein, um Kohlen einzunehmen. Nach  
den Kohleneinnahme ist die Flotte wieder in See gegangen. —  
Das amerikanische Kanonenboot „Wilmington“ soll auf eine  
spanische Kavallerietruppe einige Meilen westlich von Havana drei  
Brennstoffkanonen geuert haben, durch welche zwanzig Kavalleristen  
getödtet seien.  
Das erwähnte Gebot, das der Senat des Senats in Washing-  
ton im Hinblick auf den Sieg bei Manila bei der Eröffnung der  
Sitzung sprach, lautete: Wir danken Dir herzlich für die guten  
Nachrichten, die zu uns über's Meer von dem Erfolge kommen,  
mit dem Du das Benehmen, die Disziplin und die Tapferkeit der  
Offiziere und Mannschaften unseres atlantischen Geschwaders getödtet  
hast. Wir preisen Dich wegen des prächtigen und heilsvollen  
Schwupps, das eine Nation einen Krieg führt, nicht aus Witz (!) in  
den Land und Schätzen, oder wegen Wad und Nevada, sondern  
wegen der Armen, Bedürftigen und Bedrückten, für welchen Krieg  
ein ganzes Volk eintritt. Was für Geistes der Senatoren bei  
diesem Gebot gemacht haben, wird nicht mitgeteilt.  
Der Präsident von Hawaii soll den Präsidenten Mac Kinked  
das Anerbieten gemacht haben, die Vereinigten Staaten sollten  
Hawaii übernehmen, damit sie an den Inseln in dem Kriege gegen  
Spanien einen Stützpunkt hätten und Hawaii den amerikanischen  
Schiffen Kohlen und Vorräthe liefern könne.  
Aus Philadelphia wird gemeldet: Marinemannschaften nahmen  
an Bord des Kreuzers „St. Paul“, der gegenwärtig in der  
Gumpen West liegt, einen Mann feil, der sich in verdächtigem  
Weise in der Nähe des Pulvermagazins aufhielt. Der Mann  
leistete verwehrt Widerstand und wurde schwer verwundet;  
man hält ihn für einen spanischen Spion.

Dresdner Nachrichten.  
Nr. 121.  
Seite 3. — Freitag, 6. Mai 1896